

Kampf um Integrationsangebote

Bern-West Die Sparpläne des Gemeinderats bedrohen soziokulturelle Angebote existenziell. Besonders betroffen wäre Bern-West – doch der Stadtteil wehrt sich.

Christoph Hämmerlin

Im Forum der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem (QBB) ging es am Montagabend gleich mehrfach um den Unterschied zwischen existenziellen Grundbedürfnissen und sogenannten Nice-to-haves, also Dingen, die hübsch wären, wenn man sie sich leisten könnte. Solche sind in der Stadt Bern für die nächsten paar Jahre tabu: Auf das Defizit 2019 folgte die Corona-Krise, der Gemeinderat schnürte hektisch für das laufende und das nächste Jahr zwei erste Sparpakete.

Von den Sparmassnahmen sind aber durchaus Angebote betroffen, die Grundbedürfnisse abdecken, wie QBB-Geschäftsführerin Rachel Picard aufzeigte: Kürzungen in der Arbeitsintegration, bei niederschweligen Anlaufstellen und Sprachkursen, in der Frühförderung oder bei der Schulsozialarbeit. «Diese Angebote erfüllen existenzielle Bedürfnisse für ein menschenwürdiges Leben», sagte Picard, «und sie sind für unseren Stadtteil von besonderer Wichtigkeit.»

Laufender Betrieb braucht mehr Geld

Exemplarisch für solche Angebote stehen das Mütterzentrum Bern-West (Müze) und das Projekt Infotime. Vertreter der beiden Institutionen legten am Forum dar, was die Sparmassnahmen für sie bedeuten würden.

Brisant war insbesondere, was Sonja Pihan aufzeigte, die Leiterin des vor 30 Jahren gegründeten, landesweit ersten Mütterzentrums. Ihre Institution, ausgestattet mit einem städtischen Leistungsvertrag über bisher jährlich 295'000 Franken, verzeichne im Jahr mehr als 17'000 Besuche, sei ein wichtiger Treffpunkt für Mütter und Kinder über den Stadtteil hinaus und leiste einen wichtigen Beitrag unter anderem bei Armutsbekämpfung, Gewaltprävention, Integration und Frühförderung. Das Müze habe einen zweijährigen Professionalisierungspro-



Regel Betrieb im Mütterzentrum Bern-West: Die Institution verzeichnet jährlich mehr als 17'000 Besuche. Foto: PD

zess hinter sich, der von der Stadt initiiert und mitfinanziert worden sei. «Die neuen Strukturen sind nur finanzierbar, wenn die Stadt unser Budget um jährlich 100'000 Franken aufstockt» so Pihan. Das habe auch die Stadt so gesehen – ehe sie die Budgeterhöhung kurzerhand vom Tisch wischte. «Es ist absurd: Die Stadt regte bei uns eine Umstrukturierung an und begleitete diese, will sich aber jetzt zurückziehen, wenn es darum geht, diese neuen Strukturen zu finanzieren.»

«Unter dem Strich spart die Stadt»

Ein gewisses Hüst und Hott muss sich die Stadt wohl auch beim Projekt Infotime vorwerfen las-

sen. Im Herbst 2018 wurde das Angebot als zweijähriges Pilotprojekt lanciert, vor einem Jahr zog man eine positive Zwischenbilanz, mündlich wurden laut den Betreibern von der Stadt Finanzierungszusicherungen über die Pilotphase hinaus gemacht – und jetzt sollen die ganzen 55'000 Franken städtisches Geld gestrichen werden, die Infotime für seinen weiteren Betrieb braucht.

Wie das Müze sei auch das Projekt Infotime sehr breit vernetzt, sagte Qazim Hajzeraj, Leiter des Fachbereichs Integration beim Trägerverein für die Offene Jugendarbeit der Stadt Bern und Infotime-Projektleiter. Die kostenlosen Beratungen in den

Sprachen Albanisch, Arabisch, Tamilisch sowie Tigrinya und Amharisch würden regelmässig Probleme lösen, die sich ohne Infotime zu grösseren und teureren Angelegenheiten auswachsen würden. «Wir sind deshalb überzeugt, dass die Stadt unter dem Strich Geld spart, wenn sie Infotime weiterhin unterstützt», sagte Hajzeraj.

Dies sah auch das QBB-Pleum so, wie generell die Wichtigkeit von Integrationsangeboten im Stadtteil mit den meisten Menschen mit einem tiefen sozioökonomischen Status. Die QBB-Delegierte, die verlangte, dass man sich bei der Stadt nicht nur für den Erhalt des Müze und des Projekts Infotime einsetze,

sondern generell gegen Sparmassnahmen bei der Integration, rannte bei QBB-Geschäftsführerin Picard und dem Präsidenten, Bernardo Albisetti, deshalb offene Türen ein.

Genau dies sei ihre Absicht, sagte Albisetti, man habe bereits eine Liste erstellt, die aufzeige, welche dramatische Einschnitte das Sparpaket für Bern-West bedeute. Ohne Gegenstimme (bei zwei Enthaltungen) beauftragten die Delegierten den Präsidenten und die Geschäftsführerin, gegen die Sparmassnahmen zu kämpfen. Am 10. September debattiert das Stadtparlament über das Budget 2021 – es bleiben knapp drei Monate, um Verbündete zu mobilisieren.